

Keine Sternstunde für Kapitalisten

Am 30. Juni 1946 wurden in Sachsen
die Kriegs- und Naziverbrecher enteignet

Im Dezember 2010 stellte Oskar Lafontaine in einem Beitrag für den „RotFuchs“ seine Überlegungen zur Eigentumsfrage vor. Mit den Worten „Was gehört wem und warum?“ legte er den Finger auf die Wunde.

Zur gleichen Zeit debattierte die Linkspartei über ihren Programmentwurf, in dem es heißt: „Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muß früher oder später scheitern.“ Aus der Tendenz dieses Satzes ergäben sich Streitfragen: Wie müßte eine Demokratie beschaffen sein, die den Sozialismus erfordert und zuläßt? Oder: Gibt es einen Sozialismus, im dem das Ausbeuterkapital weiter schalten und walten kann, wie es will? Könnten die geschichtlichen Erfahrungen (nicht nur) der DDR zu Antworten beitragen?

Der Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, der zur Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher führte, war der wichtigste und folgenreichste Schritt bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Seine Bedeutung wird nach dem Untergang der DDR und mit den Erfahrungen seit 1990 noch klarer erkennbar. In der „Erinnerungsschlacht“ nimmt er deshalb einen bevorzugten Platz ein. Gegner des Sozialismus attackieren ihn als „stalinistische Durchsetzung des Sowjet-systems“. Die Tatsachen beweisen etwas anderes. Im Juni 1946 nahmen 93,71 % der 3 693 511 wahlberechtigten Bürger Sachsens an der Abstimmung teil. 77,62 % stimmten dem Gesetzentwurf zu, 16,56 % votierten mit Nein, 5,82 % der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Betroffen waren 1861 Betriebe, Vermögenswerte und Immobilien.

Sachsen stand übrigens nicht allein auf weiter Flur. Ende 2005 veröffentlichte „Der Spiegel“ eine Serie über „Gründersjahre“, in der vermerkt wurde, daß es nach 1945 auch im Westen eine „Vorliebe für die Enteignung von Industriebetrieben und Banken“ gegeben habe, wobei die SPD der Vorreiter gewesen sei. Und: „Selbst in der CDU gibt es einen linken Flügel, der einen christlich geprägten Sozialismus will.“ Das alles ist nicht neu. Auch die Anstrengungen von Geschichtsrevisonisten, die sächsische Nachkriegschronik in düsteren Farben darzustellen und sie in das berüchtigte Totalitarismus-Schema einzupassen, haben bereits eine gewisse Tradition. Einige Publikationen des Hannah-Arendt-Instituts trugen in genormter Sprachregelung Titel wie „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ und „Die Partei der

Diktaturdurchsetzung“. Die Autoren fragen nicht einmal, welche und wessen Diktatur im Osten Deutschlands errichtet wurde, obwohl es an Literatur dazu wahrhaftig nicht mangelt. Die Wertung des Volksentscheids aus der Sicht von DDR-Historikern



Ausgesperrt

Grafik von Klaus Parche

ist in der 1989 erschienenen „Deutschen Geschichte“ zu finden. Dort heißt es in Band 9: Mit „der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher (wurden) die entscheidenden gesellschaftlichen Grundlagen und Wurzeln für imperialistischen Krieg und Faschismus beseitigt, die dafür haupt- und mitverantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte entmachtet und wesentliche Grundlagen für einen antiimperialistisch-demokratischen deutschen Friedensstaat gelegt. Ein Vermächtnis des deutschen antifaschistischen Widerstandes und eines der wichtigsten Ziele der Antihitlerkoalition wurden verwirklicht.“

Demgegenüber behaupteten zwei aus dem gegnerischen Lager stammende Autoren – Schmeitzner und Donth –, der Volksentscheid von 1946 sei lediglich der „Schein der Legitimation“ für die „Herrschaftskonsolidierung der SED“ gewesen. Ihr Urteil lautete: „Zu einem Testlauf für Wahlen in der SBZ stilisierte Stalin persönlich im Januar 1946 einen Volksentscheid über die endgültige und entschädigungslose Enteignung der von der SMAD bereits im Oktober 1945 sequestrierten Betriebe von ‚Nazi- und Kriegsverbrechern‘. Dieser Volksentscheid, den die Führung der KPD bereits im März 1946 auf ihrer

Reichskonferenz thematisierte, sollte nach Ulbrichts Auffassung nur in Sachsen durchgeführt werden, da das ... Land mit der stärksten Industrie in der sowjetischen Besatzungszone als Schrittmacher in der Veränderung der Produktionsverhältnisse vorangehen müsse.“

In Wahrheit war das Nachkriegsprogramm der KPD seit 1933 – abgestimmt im Rahmen der Kommunistischen Internationale – Schritt für Schritt entwickelt worden. Der Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte dabei die Krönung dar.

Wenn die KPD die Enteignung von Nazis im Auftrag Stalins als „Testlauf“ für die Wahlen „thematisierte“, dann müßte die SPD-Führung für ihre Prophetie gelobt werden. Sie verlangte nämlich bereits in ihrem Prager Manifest vom Januar 1934 genau das, was im Juni 1946 in Sachsen zur Abstimmung stand. Das Prager Manifest forderte den Sturz der Hitlerregierung durch eine Volksbewegung und deren Ersetzung durch eine revolutionäre Regierung. Als „Maßnahmen zur dauernden und völligen Entmachtung des besiegten Gegners“ waren u. a. vorgesehen: Einsetzung eines Revolutionstribunals; Aburteilung der Staatsverbrecher, ihrer Mitschuldigen und Helfer in der Politik, der Bürokratie und Justiz; Organisierung einer zuverlässigen Militär-Polizeimacht; völlige Erneuerung des Offizierskorps; Zerschlagung des alten politischen Apparats; sofortige entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer; sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie; Vergesellschaftung der Großbanken.

Im Prager Manifest hieß es: „Erst nach Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen.“

Manchem könnte es scheinen, dieses Dokument der SPD-Führung vom Januar 1934 sei revolutionärer als die programmatischen Erklärungen der KPD vom Juni 1945. Das träfe wohl auch auf so manche Rede Kurt Schumachers und frühe SPD-Forderungen zu. Schumacher erklärte damals den Sozialismus zur „Tagesaufgabe“. In die „Politischen Richtlinien für die SPD“ vom August 1945 nahm er die Sätze auf: „Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung als Konsequenz: der Sozialismus. Die Voraussetzung ist die völlige Zerschlagung der finanzkapitalistischen, imperialistischen und militärischen Linie.“

Dieser Erkenntnis entsprachen auch die „Richtlinien für die Wirtschaftspolitik der SPD“. Sie forderten „die Überführung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen in öffentliches Eigentum“ und die „sozialistische Planung“. Warum haben sozialdemokratische Politiker diesen Teil der Geschichte ihrer eigenen Partei vergessen? Ist es heute eine Sünde oder gar ein Verbrechen, für eine Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die Ausbeutung und Krieg ausschließt?

Selbst das Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947 stellte dem Kapitalismus ein Todesurteil aus: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den sozialen Lebensinteressen ... nicht gerecht geworden ... Nach dem furchtbaren Zusammenbruch ... kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein.“ Die CDU stellte seinerzeit fest, der Kapitalismus entspreche nicht dem Recht und der Würde des Menschen. In Sachsen hatten im Juni 1946 übrigens die Bischöfe beider großer Konfessionen wohl auch deshalb den Volksentscheid unterstützt.

Jene, die wie Schmeitzner und Dohnt den Volksentscheid in Sachsen als Schritt in die Diktatur verteufeln, sollten die Ereignisse lieber im gesamtdeutschen Rahmen werten.

Besonders naheliegend ist der Vergleich mit Hessen. Dort wurde am 1. Dezember 1946 über den Artikel 41 der noch heute gültigen Landesverfassung abgestimmt. Er lautete: „In Gemeineigentum wird übergeführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen ...“ Auch Banken und Versicherungen sollten damals verstaatlicht werden.

In Hessen wurden 78,9% gültige Jastimmen für die Enteignung abgegeben. Da die SPD dort 43% der Landtagswahl-Stimmen und die KPD 10,7% erhalten hatten, wäre die Bildung einer linken Koalitionsregierung möglich gewesen. Doch die SPD entschied sich für ein Zusammengehen mit der CDU.

Der Vollzug des in der Verfassung verankerten Volkswillens scheiterte am Veto der USA-Besatzungsmacht und an der anti-kommunistischen Linie der Schumacher-Leute, die ohne Zögern auf den Kurs der kalten Krieger einschwenkten.

In Sachsen gab es nicht nur die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern vor allem auch die von der SED verkörperte Einheit der Arbeiterbewegung. Sie war der entscheidende subjektive Faktor, der dem Volksentscheid zum Erfolg verhalf.

Unter jenen, die Wasser auf die Mühlen der Reaktion leiteten, befanden sich auch

ursprüngliche Einheitsbefürworter, die nach ihrer Übersiedlung in den Westen den Zusammenschluß von SPD und KPD verurteilten und sich auf die Seite der Antikommunisten schlugen. Wolfgang Leonhard, Hermann Weber, Erich W. Gniffke und andere Überläufer lieferten mit Voka-



Korpsstudenten in der BRD. Ihre Klasse – im Westen ohne Unterlaß an der Macht – wurde im Osten per Volksentscheid abserviert.

beln wie „Zwangsvereinigung“ und „Sowjetisierung“ die entsprechenden Klischees. Manche von ihnen, beispielsweise Carola Stern, haben ihr „Doppelleben“ als Agenten dem Leser nachträglich zu erklären versucht. Andere vergaßen, was Erich W. Gniffke auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 erklärt hatte: „Für mich ist es unverständlich, wie aus einem grundsätzlichen Bejaher der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein Verneiner oder ein Kritiker werden kann.“ Die Kenntnis von Gründen macht Renegatentum nicht sympathischer. Und die Verleumdung des Einigungs- und Umwälzungsprozesses in der sowjetischen Zone kann die historischen Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Zu diesen zählt, daß die Ausrottung der Wurzeln von Krieg und Faschismus zu jenen Verpflichtungen gehört, welche sich aus der UNO-Charta, dem Potsdamer Abkommen und den Nürnberger Prinzipien ergaben. Die Krupp und Flick saßen nicht zufällig nach dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher ebenfalls auf der Anklagebank. In Sachsen wurde Flick enteignet. Dem Völkerrecht tat man damit Genüge. Das Verfahren, das beim sächsischen Volksentscheid angewandt wurde, entsprach übrigens den Gesetzen und Regeln, die in der Zeit der Weimarer Republik Geltung besaßen. Erinnert sei hier an die Abstimmung über die Fürstenabfindung im Jahre 1926.

Auch der Vergleich mit dem Volksentscheid in Hessen zeigt, wie lächerlich die These von der „Diktaturdurchsetzung“ ist. Zweifellos hatte die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher eine grundlegende Bedeutung für die Entwicklung der DDR, denn die dabei erfaßten Betriebe wurden zur ökonomischen Ausgangsbasis der sozialistischen Planwirtschaft. Vierzig Jahre lang waren die DDR-Bürger frei von Ausbeutung, Existenzangst

und Arbeitslosigkeit. Artikel 9 der DDR-Verfassung von 1968 entsprach durchaus der Realität: „Durch die Entmachtung der Monopole und Großgrundbesitzer, durch die Abschaffung der kapitalistischen Profitwirtschaft wurde die Quelle der Kriegspolitik und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Das sozialistische Eigentum hat sich bewährt.“ Mancher mag es für eine Ironie der Geschichte halten: Nicht wenige frühere DDR-Bürger erkannten die Richtigkeit dieses Satzes leider erst, als es diesen Staat nicht mehr gab. Doch der Volksentscheid von 1946 und das damit eingeleitete Entstehen einer volkseigenen Wirtschaft gehören zu den großen Errungenschaften der DDR und zum positiven Erfahrungsschatz der deutschen Geschichte. Um so bedauerlicher ist es, daß der von Sachsen ausgehende Schlag gegen das Kapital im Programmwurf der Partei Die Linke nicht einmal Erwähnung findet.

Nach dem Sieg der Konterrevolution fällt jenen, die im Hintergrund Regie führten, jetzt die Aufgabe zu, im Auftrag der eigentlich machtausübenden Kräfte der BRD die DDR-Geschichte in eine Horror-Story umzufälschen. Das Verdikt des „Spiegels“ in dem anfangs erwähnten Rückblick lautet: „Die DDR ist ein Betriebsunfall der deutschen Geschichte, ein Produkt aus Faschismus und kaltem Krieg, immer um seine Daseinsberechtigung bangend, wirklich gewollt eigentlich nur von einer Handvoll deutscher Kommunisten.“

Nach dem Höllensturz unter den Nazis mußte sich das zerstörte und zutiefst kompromittierte Land von Grund auf neu erfinden, und das Weltbild der Marxisten bediente die doppelte Sehnsucht nach Erklärungen für das Unfaßbare und nach einem Wegweiser aus dem Nichts.

Was haben sich die einstigen DDR-Bürger durch den Rückfall in die politische und sozialökonomische Vergangenheit nur eingehandelt? „Spiegel“-Autor Cordt Schibben schrieb in der gleichen Ausgabe: Wir haben „ein Wirtschaftssystem, das so dynamisiert, so rücksichtslos, so effektiv, so zerstörerisch ist, wie kein anderes vorher in der Geschichte“.

Und das soll so bleiben?

Prof. Dr. Horst Schneider

Am 9. Juli um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Horst Schneider auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Dresden** in der Drogenmühle Heidenau, Dresdner Straße 26, über das Thema

55 Jahre Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher

Gisela Elsner und die Kommunisten

Über Größe und Tragik einer roten Literatin in der alten BRD

Eine Zeit lang wurden die Romane und Erzählungen Gisela Elsners von keinem bürgerlichen Feuilleton übersehen. Kaum eine Buchbesprechung, kaum ein Artikel über ihre Arbeit in den Zeitungen der Bourgeoisie kam indes ohne meist abschätzige Bemerkungen zu ihrem Aussehen, ihrer Frisur, ihrer Kleidung, ihrem Make-up aus. Meist dienten sie dazu, die Autorin als überspannt oder etwas verrückt erscheinen zu lassen. Es ging darum, das Ansehen von Werk und Person zu beschädigen. Wurde Gisela Elsner zunächst als ernstzunehmende Autorin mit einem beachtlichen Erstlingswerk („Die Riesenzwerge“, 1964) wahrgenommen, so stellte man sie schon wenig später als durchgedrehte Diva und Möchtegern-Schriftstellerin dar.

Die bourgeoise Kritik zählte selbstverständlich auch Elsners politische Ansichten zu deren Verrücktheiten. Diese Feststellung gilt für die gesamte Schaffensperiode, insbesondere aber für die Zeit nach ihrem 1977 erfolgten Eintritt in die DKP. In den 70er Jahren war das für Menschen ihrer Art nichts Außergewöhnliches. Viele Angehörige der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz entschieden sich damals für ein Engagement in oder an der Seite der Partei.

Bis Ende der 70er Jahre gab es eine Reihe vernünftiger Gründe anzunehmen, daß sich die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager eher zugunsten des ersten entwickeln würden. Die Krisenerscheinungen des Kapitalismus wurden immer unübersehbarer. Ein Drittel der Erde war in jener Zeit rot. Immer mehr Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika befreiten sich in antikolonialen, der sozialistischen Idee zuneigenden Revolutionen aus dem direkten Griff des Imperialismus und seiner führenden Macht, der USA. Da gab es kaum Argumente für kritische Intellektuelle, sich auf die Seite des „Westens“ zu schlagen. Der führte gerade Krieg in Vietnam, unterstützte Südafrikas Apartheid-Regime und den Pinochet-Faschismus in Chile. Wer sich nicht nur oberflächlich mit den politischen Entwicklungen und Klassenverhältnissen beschäftigte, begab sich (oder geriet) schnell in die Nähe der Kommunisten.

In der Bundesrepublik war Willy Brandt mit der Parole „Mehr Demokratie wagen!“ Kanzler geworden, um alsbald die Berufsverbote einzuführen. Außer den seinerzeit faschistisch regierten Ländern Spanien und Portugal war europaweit nur in der BRD die kommunistische Partei verboten. Die DKP konstituierte sich 1968 zwar neu – das Damoklesschwert des KPD-Verbots aber war damit nicht aus der Welt. Sie zählte bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre Zehntausende Mitglieder und war,

auch dank der Unterstützung der Bruderparteien sozialistischer Länder, eine solide Kraft. Trotz der Berufsverbote und einer stramm antikommunistischen Prägung der Gesellschaft gehörten ihr auch Hunderte Schriftsteller, Theaterleute, bildende Künstler, Musiker, Professoren und andere Akademiker an. Unter ihnen befand sich Gisela Elsner.

Das allein wäre nicht der Rede wert, wenn es nicht schon sehr bald, nämlich Ende der 80er Jahre, vollkommen anders ausgesehen hätte. Nachdem die kommunistische Bewegung eine schwere Niederlage erlitten hatte, war von etlichen hundert



Intellektuellen und Künstlern in der Partei nur noch eine Handvoll übriggeblieben. Zu ihnen gehörte Gisela Elsner.

Dabei war ihr Weg nicht leicht gewesen. Sie wuchs in einem „sozialen Umfeld von Emporkömmlingen“ auf. Der Vater, der in den 30er Jahren als Werkstudent seine berufliche Karriere begann, wurde später Leiter einer Entwicklungsabteilung, Prokurist, Bevollmächtigter und schließlich Direktor eines Siemens-Werkes.

Gisela Elsner nutzte die erste Gelegenheit, das Elternhaus zu verlassen, studierte in Wien, lebte 1963/64 u. a. in Rom, London und Hamburg.

„Während dieser Zeit lernte ich erstmals Kommunisten kennen und durch die Gespräche mit ihnen und die Lektüre von Marx und Engels, die es in Rom in DDR-Ausgaben zu kaufen gab, begriff ich endlich, warum mich nicht einmal meines Vaters Bewunderung für Adenauer in die Arme der Sozialdemokraten hatte treiben können. Sie irgendwo zwischen den Klassen einzurichten, das ist für jemanden meiner Herkunft nicht möglich. Entweder bleibt man in dem Stall, in dem man

geboren wurde, oder man schlägt sich auf die andere Seite. Die italienischen Kommunisten und die Lektüre von Marx, Engels und Lenin machten mir klar, daß es nicht darum ging, bürgerliche Statussymbole zu zerstören, sondern die Eigentumsverhältnisse zu verändern.“ Insbesondere Lenin hatte es der roten Literatin angetan.

Gisela Elsner war zu keiner Zeit eine klassische Vertreterin des sozialistischen Realismus. In ihren Romanen und Erzählungen arbeitete sie nicht mit positiven Helden, die dem Leser Identifikationsmöglichkeit geboten hätten. Ihr Hauptwerkzeug war die Negation. In den meisten ihrer Romane ist es ihr überzeugend gelungen, den Gewaltcharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie richtig in den ökonomischen Bedingungen wurzelnd erkannt hatte, darzustellen. Deswegen, aber nicht nur aus diesem Grunde, zählt Elsners Werk fraglos zum Besten der realistischen Literatur der BRD.

Zur Arbeit der Kommunisten im Wirtschaftswunderland BRD gehörte es, abzuwägen, wie den Arbeitern gesagt werden könnte, vermögenswirksames Sparen, soziale Marktwirtschaft, „Arbeitnehmer“-Beteiligung an Aktienbesitz und „Wohlstand für alle“ seien bloß Parolen, welche sie vom Erkennen der wirklichen Verhältnisse abhalten sollten. Bis 1989 wurde die Sozialgeschichte und -politik der BRD durchgehend von solchen Teilhabephantasien geprägt, das Bewußtsein vom Klassenwiderspruch weitgehend eliminiert. Die Elsner erkannte in den verschiedenen Kampagnen zur Festigung dieser Ideologie ein wesentliches Herrschaftsinstrument. In ihrem Roman „Das Winde“ (1987) führt sie den Alltag derer vor, die den Versprechungen vom „Wohlstand für alle“ Glauben schenken, sich einer Reihenhaushälfte wegen in existentielle Abhängigkeit der Bank begeben und alle Energie darauf verwenden, den schönen Schein Kollegen, Nachbarn und Bekannten gegenüber aufrechtzuerhalten, während sie sich in Wirklichkeit jeden Groschen zur Tilgung der Bankschulden vom Munde absparen müssen. In solchen Verhältnissen wächst kein Bewußtsein über die eigene Lage, sondern einzig die Kunst der Anpassung, der Unterwerfung und der sich stets wiederholenden eigenen Demütigung.

Gisela Elsner hatte als 14jährige den Klassenwiderspruch sehr unmittelbar zur Kenntnis genommen: „... als mich der Chauffeur meines Vaters mit dem Siemens-Mercedes aufs Werkgelände brachte, riefen mir die Arbeiter zu: ‚Na, du blöde Sau.‘ Ich dachte darüber nach, warum mich jemand, der mich doch gar nicht kannte, so bezeichnete und begriff, daß ich allein deshalb eine ‚blöde Sau‘ genannt worden war, weil ich im Mercedes des Direktors saß.“

Die Mitgliedschaft Elsners in der DKP muß in zwei Phasen eingeteilt werden. Die erste kann als die gelassene, die zweite als die turbulente oder kämpferische charakterisiert werden. Die Elsner rief schon vor ihrem Eintritt in die Partei zu deren Wahl auf. Das tat sie – üblicherweise gemeinsam mit anderen Künstlern und Intellektuellen – zwei Jahrzehnte lang. Solche Appelle blieben ohne große Wirkung. Die Stimmabgabe für die DKP lag bei Bundestagswahlen immer unterhalb der Ein-Prozent-Marke. Gisela Elsner ließ sich davon nicht irritieren. Sie hatte zu jeder Zeit ihrer Mitgliedschaft Differenzen zu einzelnen Positionen der Parteiführung, die bisweilen heftig waren. So hielt sie der DKP vor, „an unüberbietbarem Wirklichkeitswahrnehmungsschwund erkrankt“ zu sein und keine kämpferischen Aktionen zu entwickeln, um das Klassenbewußtsein zu fördern. Elsner nannte sie in der einen oder anderen Frage „schafsköpfig“, war sich aber dessen bewußt, daß die DKP die einzige marxistisch-leninistische Partei in der BRD war und deshalb verteidigt werden mußte. Daher ließ sie keinen Zweifel an ihrer grundsätzlichen Verbundenheit mit der Partei. Ihre Beiträge im „Kürbiskern“, der kulturpolitischen Zeitschrift, und im DKP-Theorieorgan „Marxistische Blätter“ zeugten davon.

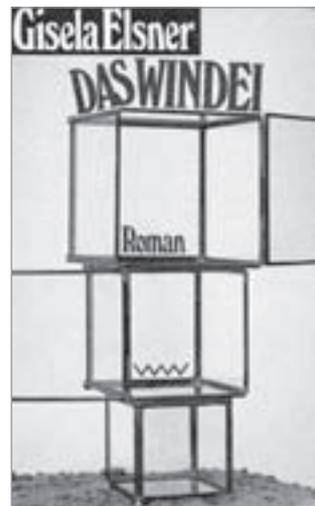
Diese Phase endete in den Jahren der Konterrevolution. Noch im Sommer 1989 verfügte die DKP über einen sehr beachtlichen hauptamtlichen Apparat und eine Reihe von Zeitungen. Sie hatte mehrere, z. T. mit bezahltem Personal besetzte Redaktionen, eine kleine Kette von Buchhandlungen, zahlreiche Parteibüros und rund 50 000 Mitglieder. Ein halbes Jahr später war dies alles vorbei. Die Mitgliedschaft schrumpfte auf weniger als ein Zehntel, die Zeitungen mußten bis auf ein Wochenblatt eingestellt, die Buchläden und Parteibüros geschlossen und die hauptamtlichen Funktionäre entlassen werden.

1985 war Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU geworden. In wohlklingenden Reden erweckte er den Eindruck, den Sozialismus ökonomisch effektiver und politisch wirksamer gestalten zu wollen. Als er seine Ämter wenige Jahre später wieder verlor, gab es in Europa kein sozialistisches Land mehr, die kommunistischen Parteien waren von der Macht verdrängt, und kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse herrschten wieder – von der Elbe bis ins östlichste Sibirien. Dafür gab es innere und äußere Ursachen mit historischen Wurzeln. Die zweite Hälfte der 80er Jahre wurde als die heiße Phase der Gegenrevolution korrekt beschrieben. Auch die Ereignisse in der DKP widerspiegeln diesen Prozeß.

In der Partei bildeten sich zwei Hauptlinien heraus. Teile der DKP-Parteiführung blieben mit der SED-Spitze um Erich Honecker kritisch gegenüber dem Kurs der Clique Gorbatschows. Eine oppositionelle Strömung verlangte offen die Revision bisheriger Positionen, vor allem eine Absage an den Leninismus. Diese Leute

bezeichneten sich als „Erneuerer“. Sie blieben indes bei allen entscheidenden Abstimmungen in der Minderheit. 1988 standen sich „Erneuerer“ und „Bewahrer“ als innerparteiliche Fraktionen gegenüber.

Überdies gab es eine dritte, verschwindend kleine und politisch nicht organisierte Strömung. Diese griff die „Erneuerer“ wegen deren rechter Linie an und forderte ihren Ausschluß aus der Partei. Sie kritisierte zugleich aber auch die Mehrheitler



und die Parteiführung wegen ihrer Neigung zu „neuem Denken“, das nur eine Umschreibung der Aufgabe von Klassenpositionen zugunsten „allgemeiner Menschheitsprobleme“ darstellte.

Gisela Elsner kritisierte die Mehrheitler wegen ihres Kompromißlertums gegenüber den „Erneuerern“. Die zur Majorität Gehörenden lehnten zwar diese und jene Forderung der „Erneuerer“ ab und bekämpften sie verbal, setzten aber in der Praxis eine ganze Reihe davon um. So schaffte man z. B. 1989 die bisherigen Leitungsstrukturen ab, wählte statt des Vorsitzenden nunmehr Sprecher- und Sprecherinnenkreise und fand sich so im Sog basisdemokratischer, kleinbürgerlicher Politikvorstellungen wieder. Einige Auswüchse dieser Art wurden später allerdings korrigiert.

Gisela Elsner sah sich der kleinen dritten Formation zugehörig. Ihre Gegner bei „Erneuerern“ und Mehrheitlern nannten diese Haltung „linksradikal“, sie selbst aber bezeichnete sich als revolutionär und marxistisch-leninistisch. Die Zuspitzung des innerparteilichen Streits zwischen beiden Hauptströmungen ließ die dritte Tendenz, die kaum an Bedeutung gewann, im Hintergrund bleiben. Gisela Elsner war bei all dem nicht gerade zimperlich, blieb aber bemüht, den politischen Kern der Auseinandersetzung zu sehen und sich nicht auf die persönliche Ebene einzulassen.

Auf dem 9. Parteitag der DKP – er fand im Januar 1989 in Frankfurt/Main statt – wurde sie in den Parteivorstand gewählt. Bis Mitte des Jahres nahm sie an einigen Sitzungen teil, trat dann im Juni 1989 aus der Partei aus, um im Oktober wieder einzutreten, ohne jedoch ihre Zugehörigkeit zum PV erneut aufzunehmen.

Trotz der Heftigkeit der Auseinandersetzungen blieb Elsners Grundhaltung der Partei gegenüber – auch in der kurzen Zeit zwischen Austritt und Wiedereintritt – unbeschädigt und unverändert.

Ihre persönliche Situation war nun auch vom drohenden finanziellen Ruin überschattet. Diesen leitete bereits 1986 ihr Rauswurf als Autorin beim Rowohlt-Verlag ein. Dessen Chef war damals der Sozialdemokrat Michael Naumann, der später als Kulturstaatssekretär der Schröder-Fischer-Regierung angehörte. 1990/91 wurden Elsners Bücher von Rowohlt kurzerhand verramscht. 1987 und 1989 erschienen dann noch zwei Titel im Wiener Zsolnay-Verlag, die ihr jedoch wenig einbrachten.

Mit Blick auf ihre letzte Lebensphase wurde Gisela Elsner in Nachrufen sowie auch in späteren Veröffentlichungen häufig als verzweifelte, ratlose Frau dargestellt. Die gleiche vereinfachte und daher falsche Sicht auf die Schriftstellerin vermittelte auch der im Jahr 2000 gedrehte Film „Die Unberührbare“. Hier ist die Verzerrung bis ins Irrwitzige gesteigert.

Gisela Elsner befand sich 1991/92 ohne Zweifel in einer bedrängten Lage. Sie war sich ihrer Situation vollkommen bewußt. Dennoch vermochte sie nach wie vor Freund und Feind zu unterscheiden.

Sie wußte, gegen wen sie ihre Wut zu wenden hatte und von wem sie Solidarität erwarten konnte. Sie besaß Freunde, mit denen sie bis kurz vor ihrem Zusammenbruch in Verbindung stand. Es gibt Gründe anzunehmen, daß der Suizid im Mai 1992 eine Kurzschlußreaktion war, auch wenn eine solche Möglichkeit durchaus zu Elsnerschen Erwägungen gehört haben dürfte.

Als ab 1990 die vollständige Zerschlagung des europäischen Sozialismus vollzogen wurde, erlebte Gisela Elsner das Geschehen wie viele andere Menschen, die gleich ihr zu den vernünftigsten gehörten, als reinen Horror. Sie verfolgte den Prozeß gesellschaftlicher Rückläufigkeit in seinen verschiedenen Etappen. Hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Ereignisse hatte sie keinerlei Illusionen.

Von Elsners Hochachtung für Lenin war bereits die Rede. Als sich 1990 und 1991 Antikommunisten vieler Länder ans Werk machten, die Statuen dieses großen Revolutionärs, Philosophen und politischen Denkers zwischen Vilnius und Addis Abeba zu schleifen, erblickte sie darin einen konzentrierten Ausdruck der Absichten der neuen Herren in den ehemals sozialistischen oder sozialistisch orientierten Ländern. Es sei logisch, so Elsner, daß die Bourgeoisie jede Erinnerung an Lenin und die Möglichkeit einer abermals siegreichen Revolution getilgt wissen wolle. So schmerzlich sie die Zerstörung jedes einzelnen Denkmals empfand, so klar blieb sie sich in der Beurteilung solcher Taten. Gisela Elsner war eine kluge Frau. Und man kann sagen: Sie war auf eine gewisse Weise eine einzigartige Kommunistin.

Mathias Meyers, Mainz